

Innsbruck, 01.10.2018

DRINGENDER ANTRAG

Kurzfristige Maßnahmen für leistbaren Wohnraum

Der Innsbrucker Gemeinderat möge beschließen:

Herr Bürgermeister wird ersucht, ein professionelles Leerstands-Management in der Stadt Innsbruck zu etablieren. Dem Leerstand-Managements kommen die folgenden Aufgaben zu:

- dauerhafte Evaluierung des Leerwohnungsbestands
- rasche Vermittlung von leerstehendem Wohn- und Büroraum in privatem und öffentlichem Besitz
- Vermeidung der Zweckentfremdung von Wohnraum (etwa durch Dauervermietungen über Buchungsplattformen wie airbnb.com).

In einem ersten Schritt sind die folgenden Fragen zu klären. Gestatten es die Kompetenzen der Stadt Innsbruck, ...

1. ... die Meldepflicht für länger als drei Monate leerstehenden Wohnraum sowie für zweckentfremdet genutzten Wohnraum (z.B. dauerhaft für Kurzzeitvermietungen auf airbnb.com ausgeschriebene Wohnungen) eine Meldepflicht einzuführen?
2. ... Kurzzeitvermietungen genehmigungspflichtig zu machen und auf maximal 90 Tage im Jahr zu beschränken?
3. ... länger als drei Monate andauernden Leerstand genehmigungspflichtig zu machen und sich im Falle einer dauerhaften Nicht-Vermietung von Wohnraum das Einweisungsrecht zuzusichern?

4. ... länger als drei Monate ungenutzten Wohnraum treuhänderisch unter der Aufsicht der Stadt zu IIG-Richtwerten zu vermieten und die Mieteinnahmen an die Eigentümerschaft weiterzureichen? Die Verwaltungs- und Instandhaltungskosten fallen dabei zu Lasten der Stadt Innsbruck.

Sofern sich die oben genannten Fragen positiv beantworten lassen, wird der Bürgermeister wie folgt ersucht:

1. ..., eine Verordnung auszuarbeiten, welche erstens die Melde- und Genehmigungspflicht von länger andauerndem Leerstand und von Kurzzeitvermietungen vorsieht; zweitens die Vermietung von dauerhaft leerstehenden Wohnungen durch die Stadt zum IIG-Richtwert ermöglicht; sowie drittens diese dem Stadtsenat und dem Gemeinderat im Rahmen der Kompetenzen der Gemeinde zum Beschluss vorzulegen.
2. ..., sich auf Landes- und Bundesebene für Maßnahmen gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum einzusetzen und bei Land und Bund auf eine Ermächtigung zur Umsetzung der oben genannten Maßnahmen zu drängen.

Begründung

Die Wohnkosten laufen in Innsbruck aus dem Ruder. Mieten von 16 Euro und mehr pro Quadratmeter sind am privaten Wohnungsmarkt mittlerweile keine Ausnahme, sondern immer öfter die Regel.

Für Menschen, die weder über eine Sozialwohnung noch Wohneigentum verfügen, wird Wohnen deshalb unerschwinglich. Wo Angebot und Nachfrage gnadenlos den Preis bestimmen, muss eine soziale Wohnpolitik mit gezielten Maßnahmen das Angebot erhöhen. Rasch umsetzbar sind Maßnahmen gegen Leerstand zu Spekulationszwecken oder gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum (z.B. über Buchungsplattformen wie [airbnb.com](https://www.airbnb.com)). Zu diesen Maßnahmen gehört ein professionelles Leerstandsmanagement. Dieses bringt ungenutzten oder zweckentfremdeten Wohnraum kurzfristig, flexibel und zu leistbaren Preisen auf den Markt.

Mesut Onay
Alternative Liste Innsbruck